

Volksstimme

Einzelpreis 150 Millionen

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannschuch & Co., Magdeburg, Große Ringstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1744, für den Verlag und die Druckerei Nr. 981. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Woche vom 19. bis 25. November 600 Millionen Mark, Abholer 570 Millionen Mark.

Anzeigen-Grundpreise. Die Ungerpaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile östlich 140 Mk., auswärts 200 Mk., Familienanzeigen und Stellenangebote 70 Mk., Vereinskalender 140 Mk., die Ungerpaltene, 30 Millimeter breite Reklamezeile östlich 700 Mk., auswärts 1000 Mk. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schlüsselzahl des Vereins d. Deutsch. Zeitungsbereiter, zurzeit 800 Millionen. Der gewöhnliche Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Plakatschriften keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 270.

Magdeburg, Sonntag den 18. November 1923.

34. Jahrgang.

Im verratenen Rheinland.

Hunger und Sterben an Ruhr und Rhein.

Die bürgerliche Regierung Stresemann will Rhein und Ruhr preisgeben. In einer Konferenz mit Vertretern der besetzten Gebiete hat die Regierung nach und nach erklärt, sie sei nicht mehr in der Lage, die Unterstufungen für die Erwerbslosen und die Gehalte für die Beamten aufzubringen. Die besetzten Gebiete müßten daher ihr Verhältnis zu Frankreich selbst ordnen; die Reichsregierung könne in dieser Hinsicht nichts mehr tun.

Sowie die Kunde von diesem Verrat ins Land scholl, hat sich die Sozialdemokratie erhoben und als Hüterin der deutschen Reichseinheit den schärfsten Einspruch gegen die bürgerliche Treulosigkeit erhoben. Die Wirkung trat am nächsten Tag ein. Das Kabinett Stresemann, das die Zahlungen am 15. November einstellen wollte, wich zurück und beschloß, vorläufig die Zahlungen noch fortzusetzen, also einstweilen die Kämpfer an Ruhr und Rhein noch nicht verhungern zu lassen.

Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Bleibt das Ministerium Stresemann am Ruder, dann wird der Verrat bald wieder einsehen. Dann nämlich, wenn die hundert Millionen Rentenmark, die es bereitgestellt hat, verbraucht sind, und das kann bei einer Erwerbslosenzahl von zwei Millionen und bei der großen Beamtenzahl nicht lange dauern. Dann stehen wir genau wieder da, wo wir am 14. November standen: am Tage vor dem Verrat.

Eine bürgerliche Regierung hat den Ruhrkrieg begonnen; eine bürgerliche Regierung beendet ihn dann damit, daß sie die Kämpfer, die zehn Monate lang alle Entbehrungen und Drangsale um Deutschlands Einheit willen auf sich genommen haben, schuglos und hilflos ihrem Schicksal überläßt; das Hunger und Sterben bedeutet. Das wäre dann der Dank an die Arbeiter und Beamten, die monatelang von der bürgerlichen Presse wie von den bürgerlichen Rednern als Helden gefeiert worden sind und die diese Goldtugungen wahrlich ehrlich genug verdient haben.

Mit dem Verrat an den Kämpfern des Ruhrkriegs ist's aber noch nicht getan; in den Plänen des Kabinetts Stresemann, das auf Kommando der Grubengewaltigen und Eisenmagnaten handelt, steckt auch der glatte Verrat an der Reichseinheit.

Wer die hungerrnde Ruhr- und Rheinbevölkerung im Stiche läßt und sie an die Franzosen als Retter in ihrer Not weist, der gibt die besetzten Gebiete praktisch auf, läßt sie von Deutschland ab und treibt sie den gierig wartenden französischen Imperialisten in die Arme. Die Verwahrung Stresemanns und seiner Spießgesellen im Kabinett — genannt werden Brauns, Koeth und der Essener Oberbürgermeister Luther neben dem neuen Innenminister Jarres — die Verwahrung, daß die Preisgabe nur vorläufig erfolge und daß sie die abgetretenen Gebiete später sich zurückholen würden, ist lächerlich. Mehr noch: leere Beschwörung des Treubruchs. Was zurückgefallen worden ist, kehrt so bald nicht zurück. Menschen sind keine Sachgüter, die man verpfänden und später wieder einlösen kann. Menschen zudem, die für ihren Selbennut mit Stockprügeln auf den Wagen bedacht werden, wenden sich mit Ekel und Abscheu von den Verrätern.

Und welche treibenden Interessen und Mächte stehen in Wahrheit hinter den perfiden Absichten der Volksparteier, der Deutschnationalen und eines Teiles des Zentrums? Der

Eigentum der Industriegewaltigen,

die durch das Mittel des Verrats am sichersten und schnellsten die Arbeiterrechte niedertrampeln, den Achtstundentag erwürgen, die sozialen Schutzdämme niederreißen und die Beamtenpositionen abtragen können. Was gilt diesen Hyänen der Raffgier und Gier die Reichseinheit, das staatliche Dasein, das nationale Leben des deutschen Volkes! Daran können sie im Augenblick keinen Gewinn mehr schöpfen, folglich ist es ihnen gleichgültig und käuflich. Nur der persönliche Eigentum gilt und triumphiert.

Diesem hemmungslosen Egoismus unterwirft sich willenlos das Kabinett Stresemann. Es führt aus, was die Bergherren und Eisenbarone befehlen. Schande und Schmach über die einen wie die andern. Die Sozialdemokratie wird ihr Außerstes tun, um den beachtlichen Verrat zu hintertreiben.

Soll ihr das gelingen, so ist die erste Vorbedingung, daß die Bevölkerung des ganzen Deutschlands jede

Rechtsdiktatur verhindert. Denn was Stresemann an Treulosigkeit gegenüber den Ruhr- und Rhein-kämpfern möglicherweise noch nicht aufbringen möchte, das würde ein deutschnational-bölkischer Diktator mit Leichtigkeit fertigbringen. Er würde ohne Gewissensbedenken die besetzten Gebiete preisgeben, um desto ungeörter seine Herrschaft über die Arbeiterklasse des übrigen Deutschlands ausüben zu können. Dadurch wird allerdings die Wirtschaftskrise verschärft, die Arbeitslosigkeit vergrößert, der Hunger vermehrt, aber das ist ja der Zweck der Übung. Es geht auch bei der Preisgabe des Rheinlandes um den großen Kampf des Kapitals gegen die Arbeit. Und das Kabinett Stresemann steht natürlich auf Seiten des Kapitals, auch wenn darüber das Reich in Trümmern geht.

Einem Plahhalter der Hohenzollern, der im Zeichen des Revanchekrieges seine Herrschaft aufrichten muß, wird Frankreich erst recht das Schwert an die Kehle setzen, wird das Kapital der Westmächte erst recht Kredite verlagern. Das hat zwischen und in seinen Worten Poincaré erst am Freitag in der französischen Kammer wieder betont.

Deshalb ist es besonders schmachvoll, daß das bürgerliche Kabinett Stresemann den Sakentkruzrittern und Blausäuremördern noch die Steigbügel hält und diesen Burtschen Einfluß auf ihre Entschlüsse gewährt. Mit dem Verrat an Ruhr und Rhein beginnt die grauenvolle Auflösung der deutschen Volksgemeinschaft. Deshalb wird die Sozialdemokratie sich diesem Attentat gegen die deutsche Einheit mit aller Kraft entgegenwerfen.

Fahrt durch die „rheinische Republik“.

In der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ berichtet Semper Idem (Nummer derselbe) über eine Fahrt von Düsseldorf über Köln und Bonn nach Koblenz. Wir entnehmen der Schilderung einige Absätze:

In der großen Halle des Düsseldorfer Hauptbahnhof herrscht ein bedrückendes Gedränge. Wer zu den Fahrkartenhäkellern gelangen will, muß sich erst durch einen wilden Strudel durchkämpfen, der einen schon draußen auf dem Bahnhofspfad erfaßt und mit Soldaten, fliegenden Gendarmen, Kolonnen, Offizieren und den unermesslichen Debijenschneidern durch die Halle wirbelt.

Düsseldorf ist jetzt der Hauptnotenpunkt des französisch-belgischen Eisenbahnnetzes im Ruhrgebiet, doch allen Anstrengungen der „Regie“ (der französisch-belgischen Eisenbahnverwaltung im besetzten Gebiet) zum Trotz und selbst nach Einstellung des passiven Widerstandes kann von einem normalen Zugverkehr in diesem Gebiet noch immer nicht gesprochen werden. Deutlich ist das Bestreben der Franzosen, die Bahnen im Ruhrgebiet vollkommen in der Hand zu behalten, wie dies ja neuerdings in der Verordnung zum Ausdruck kam, daß auf den Strecken der Regie nur in Frankreich bezahlt werden darf.

Andererseits ist aber das Ruhrgebiet nicht ein für sich abgeschlossenes Gebiet und durch tausend Fäden mit dem übrigen Reich verknüpft, so daß ein Zusammenarbeiten der französischen und deutschen Bahnverwaltung erst einen halbwegs geregelten Verkehr im Industriegebiet ermöglichen könnte. Dieser aber ist wieder die wichtigste Voraussetzung für die Aufnahme der Produktion, für die Ernährung der hungernden, so furchtbar leidenden Bevölkerung — das Kernproblem, von dessen Lösung es abhängt, ob die Kohlen in die Hände ihrer Verarbeitung, ob Brot und Kartoffeln in die Wohnungen der Arbeiter gelangen, ob Millionen Menschen arbeiten können oder rettungslos dem Hungertod verfallen sollen.

Wer aus dem von den Franzosen besetzten Teile des Ruhrgebietes — etwa von Düsseldorf — in die englische Zone — zum Beispiel nach Köln — gelangen will, der hat noch ganz besondere Schwierigkeiten zu überwinden. Die Regie weist Köln in großem Bogen aus, und so muß man Trambahn, Regie- und Reichsbahn benutzen, bis man nach achtstündiger Irrfahrt in Köln landen kann.

Die Büge der Regie können dem Ansturm der Fahrgäste bei weitem nicht genügen, und so ist man verurteilt, wie in den herrlichsten Kriegszügen gleich einem Gepäckstück in die übervollen Waggons gepreßt zu werden, wenn man sich nicht mit einem Stehplatz auf einem Trittbrett begnügen will.

In Köln kann man aufatmen. Vorerst aber erlebt man noch die Ueberraschung, daß man den größten Teil der Millionen oder Billionen Mark, die man bei sich hat, nicht verausgaben kann. Auf der Fahrt durch das Ruhrgebiet hat man beim Wechseln in jedem Ort andre Papiernoten empfangen, die im nächsten Augenblick anerkannt werden. Da gibt es Scheine der Arbeitgebervereinigungen „Düsseldorfer“, Noten von Krupp und Haniel und Sparkassen und Privatbanken und allen möglichen Körperschaften, „wertbeständiges“ Stadtgeld und „Goldanleihen“ irgendwelcher Industrieller. Man hat etliche Stunden zu tun, bis man mit empfindlichem Verlust diesen Haufen von farbigen Papierstücken loszuschlagen kann.

Im Straßenbild Kölns fällt die englische Besatzung nicht sonderlich auf. Die Stadt — lüchdurchflutet und sehr bewegt — macht einen beinahe jüdischen Eindruck. Viele englische Uniformen und Kaschmirer, doch vermeiden die Engländer jedes militärische Gebränge. Man fühlt sie keineswegs als Eroberer im

Land. Das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und der Besatzung ist denn auch ungetrübt und der beste Beweis dafür, daß auch militärische Obliegenheiten mit Takt und ohne Kasernenhofmanieren erledigt werden können.

Besonders lehrreich ist es, das Verhältnis zwischen Offizier und Soldat in der englischen Armee zu betrachten. Außer Dienst fühlt sich der englische Soldat durchaus seinem Offizier gleichgestellt, er besucht dieselben Lokale wie jener, sitzt an seinem Tisch, unterhält sich zwanglos mit ihm — glatter Sünden wider den heiligen Geist der wilhelminischen „Disziplin“, die jetzt in den französischen Offizieren ihre gelehrtsten Schüler gefunden hat.

Eine halbe Stunde mit der elektrischen Rheinuferbahn Stromaufwärts, und man ist auf dem Territorium der „rheinischen Republik“. Vom Rathaus in Bonn weht die grünweiße Fahne des Dortenschen „Freistaats“, von dessen Gründung die „provisorische Regierung in Koblenz“ der Bevölkerung in großen Plakaten Kunde gibt. In den Straßen und Gassen des stillen, verträumten Städtchens patrouillierten Spahis in vollem Kriegsschmuck, in Stahlhelmen und bis an die Zähne bewaffnet. Ein Maschinengewehr ist vor dem Eingang des Rathauses postiert, die öffentlichen Gebäude sind durch verstärkte französische Posten gesichert.

Der Putz der Sonderbündler hat sonst keine Spuren hinterlassen, die das Aussehen oder die Lebensgewohnheiten des rheinischen Städtchens zu verändern vermöchten. Die blaue Polizei tut weiter ihren Dienst wie früher, in den Kiemern verkehren die Beamten ohne Rücksicht auf den Wechsel der Regierung ihre Arbeit. Natürlich darf diese scheinbare Ruhe nicht über die wahre Stimmung der Bevölkerung täuschen. Doch die Arbeiter, die erbitterten Feinde der Separatisten, erkennen nur allzu gut die Unmöglichkeit gegen jene anzukämpfen, solange sie die Schutzhülle der französischen Bajonette genießen, und das Bürgertum ist in seiner Mehrheit stumpf geworden und trotz seiner entschiedenen Ablehnung dieser putschistischen Galgenbögel, die jetzt die Macht innehaben, vielfach separatistisch gesinnt.

In Koblenz residiert die „Regierung“. Hier wird auch die Armee des „rheinischen Freistaats“ aufgestellt. Ihre Uniform besteht bloß in einer grünen Mütze, ansonsten macht sie, gerumelt und verwahrt, einen jüdischen Eindruck, diese tamose „Rheinlandwehr“. Lumpenproletariat schlimmster Sorte. Mit der Bezahlung scheint es so zornig auszufallen. Die verbrochene Entlohnung in Frank ist noch immer nicht Wirklichkeit geworden, und was die Verpflegung anlangt, so wird der Weg der „Requisitionen“ beschritten. Die Kaufleute und Kleinen Händler wissen wahre Schauermärchen über die Plünderungszüge der rheinischen Helben zu erzählen.

Vollzogener Verrat der Industriellen.

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung hat die Regierung Stresemann ihre Absicht, gemäß den Wünschen der Schwerindustriellen im besetzten Gebiet, Rhein und Ruhr „vorläufig“ preiszugeben, nicht durchgeführt. Das hat die Schwerindustriellen in Harnisch gebracht und sie haben beschlossen,

ihre Absichten auf eigne Faust durchzuführen, den Arbeitern, Angestellten und Beamten im Ruhrgebiet, aber auch den Reichs- und Landesregierungen den Fehdehandschuh hinzutwerfen.

Nach einer Meldung aus Dortmund erschien bei dem Dezernenten des städtischen Arbeitsamts der Geschäftsführer der Eisen- und Stahlindustriellen und erklärte, daß

der Dreißigtentag ausführe

und statt dessen zwei Sechstundentag zu verfahren seien.

So wollen die Schwerindustriellen die Produktion steigern! Statt täglich 24 Stunden soll nur noch 20 Stunden gearbeitet werden.

Damit noch nicht genug. Mit Hilfe des Reiches sind in den letzten Jahren viele tausend Arbeiter ins Ruhrgebiet verpflanzt worden, große Siedlungen wurden gebaut — alles auf Verlangen der Schwerindustrie. Und heute? Die Eisen- und Stahlindustriellen lassen in Dortmund erklären, daß

30 Prozent der Arbeiter zum Ziel im Ruhrgebiet

seien und ins unbefestete Gebiet abgeschoben werden müßten, wo sie vielleicht in der Landwirtschaft unterkommen könnten.

Das ist nichts anderes als ein Stein für die französischen Besatzungsbehörden, die den Ruhrindustriellen überflüssig erscheinenden Arbeiter auszuweisen. Man stelle sich vor, was hinter dieser Forderung der Schwerindustriellen steht! 30 Prozent der Ruhrarbeiter sollen auswandern. So groß ist die Zahl der Zugewanderten und noch Lebigen bei weitem nicht, es müßten einige Hunderttausend bodenständiger Arbeiter- und Angestelltenfamilien

